

Wie in alten Zeiten

Verteidigung Es war das Versprechen von Ministerin von der Leyen, im Rüstungswesen aufzuräumen. Doch nun plant sie den Kauf von fünf Korvetten, die niemand braucht – ein Hinterzimmerdeal.

Ursula von der Leyen, Verteidigungsministerin, war voll des Lobes. Ein bisschen über die Bundeswehr, ein bisschen über ihr eigenes Haus – vor allem aber über sich selbst.

In der letzten Oktoberwoche trat sie beim „Celler Dialog“ auf, dem alljährlichen Klassentreffen von Rüstungsmanagern, Generälen und Beamten aus dem Verteidigungsministerium in der niedersächsischen Kreisstadt.

Gleich an drei Stellen habe sie eine Trendwende eingeleitet, verkündete die Ministerin nicht ohne Stolz. Es gebe mehr Geld im Haushalt, die Attraktivität der Truppe habe spürbar zugenommen, vor allem aber bei der Materialbeschaffung habe sich Grundlegendes geändert.

Die knapp 200 Gäste applaudierten höflich – insgeheim aber amüsierten sich viele. Denn ein paar Tage zuvor war bekannt geworden, was der Ministerin ihre eigenen Vorgesetzte wert sind: gar nichts.

Überraschend hatten da die Haushaltspolitiker Eckhardt Rehberg (CDU) und Johannes Kahrs (SPD) bekannt gemacht, dass das Ministerium einen Milliardendeal plant: Fünf Korvetten vom Typ K130 will von der Leyen anschaffen, und zwar ohne Ausschreibung. Eineinhalb Milliarden Euro solle das Projekt kosten, die Mittel dafür stünden bereit. Die Ministerin schwieg zunächst. Schließlich ließ sie mitteilen, dass sie den Kauf befürworte. In der kommenden Woche soll der Haushaltsausschuss den Deal beschließen.

Es wäre ein Geschäft, wie es Ursula von der Leyen eigentlich nie mehr wollte. Die Ministerin war angetreten, um Intransparenz und Mauscheleien im Beschaffungswesen zu beenden und die Bundeswehr wie ein modernes Unternehmen zu führen. Nun betreibt sie ein Geschäft im alten Stil: intransparent, im kleinen Kreis eronnen, im Hinterzimmer ausgehandelt, nur schwer mit dem tatsächlichen Bedarf vereinbar. Auch ob der Kostenrahmen am Ende eingehalten wird, ist ungewiss. Es wäre ein Bruch mit der neuen Kultur, die die Ministerin ihrem Haus verordnet hat.

Dass die Bundeswehr neue Kampfschiffe braucht, ist unstrittig. Zahlreiche altersschwache Schiffe wurden in den vergangenen Jahren ausgemustert, viele noch einsatzfähige gelten als anfällig, vor allem aber haben sich die Aufgaben fundamental geändert: Anstatt mit Schnellbooten auf der Ostsee zu kreuzen, muss die Marine am Horn von Afrika Handelsschiffe vor

Piraten schützen, im Mittelmeer Schiffbrüchige auflesen und Schleuser bekämpfen – und vor der libanesischen Küste patrouillieren.

Deshalb, so hatte es die Regierung vor Jahren beschlossen, sollten bis zu sechs Mehrzweckkampfschiffe (MKS180) angeschafft werden: moderne Fregatten mit Helikopterlandeplatz und der Möglichkeit, Spezialkräfte an Bord zu nehmen. Ein Schiff, das ohne Versorgung drei Wochen auf hoher See operieren kann. 2023 sollten die ersten MKS180 ausgeliefert werden.

Zunächst sah es so aus, als könnte von der Leyen noch in dieser Wahlperiode den Zuschlag für die Entwicklung und den Bau der neuen Kampfschiffe erteilen. Im Dezember vorigen Jahres begrüßte die Unionsfraktion im Verteidigungsausschuss „den guten Verlauf des Projekts“. Aber vor vier Wochen musste die Ministerin einräumen, dass es vor der Bundestagswahl im kommenden Herbst keinen Vertrag mehr geben wird.

Schon das ist peinlich für das Ministerium, weil von der Leyen in ihrer Amtszeit bisher kein einziges milliardenschweres Beschaffungsprojekt unterzeichnen konnte. Doch dann tat sich plötzlich Erstaunliches. Der CDU-Haushaltspolitiker Rehberg aus Mecklenburg-Vorpommern wurde aktiv. Rehberg nutzte die Verspätungen bei den MKS180 und brachte die Idee auf, stattdessen erst einmal fünf weitere Korvetten des Typs K130 zu kaufen.

Rehberg handelte nicht ganz uneigennützig, denn die Schiffe würden in Warnemünde in seinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern vor Anker liegen. Wie es im Regierungsviertel heißt, holte sich Rehberg den Segen von ganz oben: von Kanzlerin Angela Merkel. Die war vermutlich nicht schwer zu überzeugen, ihr Wahlkreis grenzt direkt an den Rehbergs.

Der CDU-Mann weihte einige Mitglieder des Haushaltsausschusses in seinen Plan ein. Entscheidend war ein Verbündeter beim Koalitionspartner: Johannes Kahrs, Haushaltsexperte der SPD im Bundestag. Kahrs hat seinen Wahlkreis in Hamburg. Dort sitzt Blohm + Voss. Die Werft war federführend am Bau der ersten fünf K130 beteiligt.

Die gewieften Standortpolitiker Kahrs und Rehberg gewannen auch Ursula von der Leyen für den plötzlichen Seitensprung. Ein gutes Verhältnis zu den Haushaltspolitikern ist für Verteidigungsminister von herausragender Bedeutung: Be-

schaffungsprojekte sind oft heikle finanzielle und politische Operationen.

So könnten alle zufrieden sein – wäre da nicht ein kleiner Schönheitsfehler: Die Marine braucht gar keine weiteren Korvetten des Typs K130. Noch im März hatte die Ministerin eine Liste mit Rüstungsprojekten über 130 Milliarden Euro für die nächsten Jahre präsentiert – von den Korvetten war da keine Rede. In Unterlagen des Haushaltsausschusses tauchten sie ebenfalls nicht auf.

Warum auch, das Modell wurde vor 20 Jahren angeschoben und hat der Marine seither viel Ärger eingebracht. Die Kriegsschiffe konnten erst mit großer Verzögerung übergeben werden. Die K130 galt schon früh als Pannenschiff. Auf allen Booten musste das Getriebe ausgetauscht werden. Hinzu kommt eine Außenhaut, die zu dünn und überaus reparaturanfällig ist. Im Verteidigungsausschuss hatte die Union noch kurz vor der Entscheidung für den Neukauf erklärt, man wisse, dass die K130 „kein Ruhmesblatt“ sei.

Außerdem ist die Korvette für das Aufgabenprofil der Zukunft eigentlich zu klein. Ein größeres Kriegsschiff müsste her, sagen Marineexperten, und es gäbe sogar ein Modell: Die Israelis haben vier „Meko“-Korvetten in Deutschland in Auftrag gegeben. Sie sollen bis 2019 ausgeliefert werden. Doch die Sache hat einen Haken: Die Bundeswehr könnte diesen neuen Typ nicht ohne Ausschreibung bestellen. Die wiederum würde viel Zeit kosten.

Anders die Variante K130: Sie kann ohne Ausschreibung als Folgebestellung ausgewiesen werden. Auf diese Weise werde der Kauf „sehr schnell gehen“, sagte ein Ministerialer hinter verschlossenen Türen im Verteidigungsausschuss.

Dort sorgte der geplante Kauf für Empörung – und zwar bei allen Fraktionen. Die Verteidigungsexperten der Sozialdemokraten zeigten sich in einem Brandbrief „überrascht und erstaunt“ über die plötzliche Kehrtwende in der Planung. Das „unvorbereitete, hektische“ und nicht abgestimmte Vorgehen sei „wenig verständlich“. Ihr Obmann Rainer Arnold kritisiert, die Marine brauche „wirklich moderne Schiffe, die auch zu den derzeitigen Einsätzen passen“.

Der CDU-Abgeordnete Bernd Siebert beklagte im Ausschuss, dass die Verteidigungsexperten bei der Entscheidung „keine Rolle“ gespielt hätten. Und der Linken-Obmann Alexander Neu sagt: „Die Parti-



Politikerin von der Leyen auf der Korvette „Oldenburg“: „Kein Ruhmesblatt“

kularinteressen der Abgeordneten Rehberg und Kahrs werden offenbar über das Gemeinwohl gestellt.“

Noch deutlicher äußert sich der ehemalige CDU-Verteidigungsminister Volker Rühle, 74. Er war es, der vor über 20 Jahren die Planung der K130 in Auftrag gab. Doch die Anforderungen hätten sich grundsätzlich geändert. „Wir brauchen keine Nachbauten der alten Korvetten“, sagt der Exminister. „Wir brauchen Schiffe für die Zukunft.“ Dazu gehörten angesichts der neuen Herausforderungen zunächst einmal Mehrzweckkampfschiffe. Und wenn es der Etat hergibt, dann auch moderne Korvetten. Die strategischen Überlegungen, sagt Rühle, müssten immer im Vordergrund stehen.

Kritisch beäugt auch der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels die Umplanung: „Der Bedarf ist groß, wir brauchen schnell zusätzliche Schiffe“, sagt der SPD-Mann, „aber die sollten natürlich so modern wie möglich sein, also verbesserte Modelle.“

In der SPD könnte sich die Empörung in der kommenden Woche allerdings rasch

verflüchtigen, denn Finanzminister Wolfgang Schäuble und Vizekanzler Sigmar Gabriel sollen sich darauf verständigt haben, dass – quasi als Ausgleich – das Bau- und das Familienministerium (beide SPD) zusätzliches Geld bekommen.

Derweil versuchen die Verantwortlichen bei der Bundeswehr, von der Leyen zu stützen – und den Imageverlust der Ministerin zu begrenzen. Angeblich stehe schon länger fest, dass die Korvetten dringend benötigt würden, erklärten sie jüngst im Verteidigungsausschuss. Bereits im Juni seien Staatssekretärin Suder in einer Vorlage die „Bedarfsperspektiven“ mitgeteilt worden.

Vor nicht allzu langer Zeit hatten die Militärs den Abgeordneten noch etwas anderes erzählt. Generalinspekteur Volker Wieker sagte vor dem Verteidigungsausschuss im Juni 2015, die Fregatten vom Typ MKS180 würden so multifunktional ausgelegt sein, dass die Anschaffung der K130 „nicht mehr notwendig“ sei. So steht es im vertraulichen Protokoll der Sitzung.

Damals anwesend: Ursula von der Leyen und ihre Staatssekretärin Katrin Suder.

Offenbar sind die Verantwortlichen bereit, sich über Bedenken und technischen Nachteile hinwegzusetzen, um die unsinnige Anschaffung durchzupauken. „Ganz wie in alten Zeiten“, sagt der Grünen-Parlamentarier Tobias Lindner lakonisch. Es bleibe ein „fader Beigeschmack“.

Und was nicht passt, wird passend gemacht. Das gilt nicht zuletzt für die 65 Kojen an Bord der Korvette. Seit dem Stapellauf der ersten K130 hat sich das vorgeschriebene Maß für die Betten verändert. Mit den verlängerten Schlafstellen müsste allerdings auch das Boot verlängert werden. Das wiederum würde eine neue Ausschreibung erforderlich machen. Die Marinespitze will nun die „Norm der Kojenlängen aussetzen“.

Dann könnten die gewieften Haushaltspolitiker ruhig schlafen, der Korvettendeal wäre gerettet. Unbequem würde es ja nur für die Soldaten der Marine.

Sven Becker, Horand Knaup, Gerald Traufetter